WP-01-K3-479-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (KV Ennepe-Ruhr)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 479 bis 481 einfügen:
Menschen mit Behinderung, darunter vor allem Frauen, sind häufiger von Gewalt betroffen als nicht behinderte Menschen. Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen gilt und bauen den Gewaltschutz insbesondere in Einrichtungen der Behindertenhilfe aus.

Begründung

Intersektionelle Diskriminierung und Beeinträchtigung mit Gewalt als ihrer schlimmsten Form trifft häufig Frauen und Mädchen mit Behinderung. Deshalb sollten sie hier ausdrücklich erwähnt werden.

Die Ergänzung des kleinen Wortes insbesondere weist darauf hin, dass Gewaltschutz für Menschen mit Behinderung nicht nur die Einrichtungen in den Blick nehmen darf.

weitere Antragsteller*innen

Martina Müller (KV Hochsauerland); Jens Steiner (KV Borken); Gertrud Welper (KV Borken); Barbara Steinke (KV Hamm); Christian Schulz (KV Steinfurt); Maja Becker (KV Borken); Wolfgang Gurowietz (KV Dortmund); Lisa Geißler (KV Steinfurt); Helle Sönnecken (KV Hochsauerland); Nadine Hartwich (KV Siegen-Wittgenstein); Stefanie Ring (KV Coesfeld); Marian Husmann (KV Warendorf); Burkhard Wüllscheidt (KV Gelsenkirchen); Norbert Ostermann (KV Warendorf); Ali Bas (KV Warendorf); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Ulrich Nicklaus (KV Steinfurt); Verena Nützmann (KV Steinfurt); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.